

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES
Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung
Band: - (1999)
Heft: 1: Elektrosmog über Inwil und Baar : Flucht vor Strombaronen

Artikel: Ist die Rhone wirklich kein Gewässer?
Autor: Marti, Kurt
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-586161>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

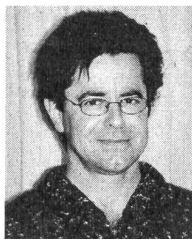
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 24.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ist die Rhone wirklich kein Gewässer?

Die Stromhändler haben ihren Wunschzettel für den Ausbau des Hochspannungsnetzes beim Bund deponiert. Er heisst Sachplan Übertragungsleitungen und ist eine Frechheit. Der Schutz des Menschen und der Umwelt hat darin reine Alibifunktion. Blind ist der Entwurf des Sachplans auch gegenüber der bevorstehenden Strommarktöffnung, der Stromeffizienz und der dezentralen Produktion. Kommentar der SES: So geht es nicht!



*Von Kurt Marti,
Redaktor von
Energie und
Umwelt*

Wer erinnert sich noch ans Jahr 1991, als der damalige Energieminister Adolf Ogi mit hochgekrempelten Armen und grosser Freude das Aktionsprogramm Energie 2000 ins Leben rief und gleich die Umweltorganisationen mit seinem dreifachen Dialogangebot umarmte? Eines dieser Angebote betraf das Schweizerische Hochspannungsnetz und die Ausbaugelüste der Stromlobby. Am runden Tisch sassen die Vertreter des Bundes, der Kantone, der Elektrowirtschaft und schliesslich die Umweltorganisationen.

Am 10. August 1998 triumphierte das Bundesamt für Energie BFE in einer Pressemitteilung: "Umweltschützer und Überlandwerke erzielen Konsens". Dieser Ton war eindeutig zu hoch gegriffen. Zwar war es den Umweltvertretern in hartnäckigen Gesprächen gelungen, der Elektrowirtschaft die bisher geheim gehaltenen Ausbaupläne zu entlocken und in den Sachplan Übertragungsleitungen (siehe Kasten) einzubringen. Doch wo es um die ökologische Substanz ging, da bissen sie auf Granit.

Schöne Vorträge, keine Wirkung

Während des siebenjährigen Dialogprozesses wurden die Umweltvertreter mit schönen Vorträgen zum "Least-Cost-Planning" (effiziente Anwendung von Strom), zum zukünftigen Strombedarf und zur Verkabelung von Stromleitungen hingehalten. Im

Sachplan wurden diese Ideen auf Bemühen der Elektrowirtschaft freilich wieder fallen gelassen. Im Schlussbericht des Dialoges heisst es vornehm: "Die Werksvertreter waren wenig geneigt, auf die Materie einzugehen." Noch weniger geneigt sind die Stromer, wenn es um den Schutz des Menschen vor Elektrosmog geht. Unter gütiger Mithilfe des BFE und dessen externen Experten ist es den Stromlobbyisten gelungen, den ersten Entwurf des Sachplanes gänzlich von Forderungen zum Elektrosmog rein zu halten.

Die Neigung der Elektrovertreter konzentrierte sich darauf, ihren Wunschzettel für den Ausbau des Hochspannungsnetzes auf 380 kV zu deponieren. Mit Hilfe des BFE und den beiden Expertenbüros "Ernst Basler und Partner" und "Schnyder & Brüniger" ist es der Elektrowirtschaft gelungen, die Gefahr "durchschmelzender Stromdrähte" an die Wand zu malen und folglich die Dringlichkeit neuer Leitungen vor allem für den Stromhandel zu proklamieren.

Scharfe Kritik der SES

Die SES hat auf den ersten Entwurf des Sachplanes im letzten Herbst mit harter Kritik reagiert, insbesondere in Bezug auf die fehlende Transparenz in der Bedarfsfrage, die fehlenden Alternativen zum Leitungsbau (z.B. dezentrale Stromproduktion) und die Ausblendung des Elektrosmogs.

In einem zweiten Entwurf vom Januar dieses Jahres setzte das BFE ein paar unverbindliche Sätze zum Schutz des Menschen vor Elektrosmog und zum Schutz von Natur und Landschaft in den Sachplan. Die Elektrosmog-Verordnung "ist nur soweit notwendig im Sachplan mit einzubeziehen," murmelt das BFE und zu den Möglichkeiten der dezentralen Energiever-

sorgung meint das BFE lakonisch: "Es ist nicht Sinn und Zweck des Sachplanes, aus der Vielfalt der möglichen Szenarien ein Szenario in den Vordergrund zu stellen und so Energiepolitik zu betreiben." Aber genau das tut das BFE mit dem Sachplan, indem es den Wachstumstrend der bisherigen Strompolitik voraussetzt und zukünftig mit neuen Leitungen zementiert.

Experten mit Scheuklappen

Hierzu lohnt sich der Blick auf den geplanten Ausbau der Stromleitung "Mörel-Ulrichen-All' Aqua" durchs Goms über den Nufenenpass ins Tessin, welcher im Sachplan als Objektblatt Numer 101 figuriert und an dem exemplarisch die Schutz- und Nutzkriterien angewandt werden. Dem Büro "Schnyder & Brüniger" oblag es, den Ersatz der bisherigen 220 Kilovolt (kV)-Leitung durch eine 220 und 380 kV-Leitung aus den aktuellen Stromflusszahlen der Aare-Tessin AG für Elektrizität (Atel) zu begründen. Das ist mit grossem Erfolg und Zeiteinsatz gelungen. Natürlich sind die genauen Atel-Zahlen zur Strombelastung für Aussenstehende geheim, doch das Resultat darf man wissen und es ist keine Überraschung: Die Erhöhung der Spannung ist notwendig.

Die Experten gingen mit Scheuklappen und Ohrenpfropfen an ihre Arbeit. Die Berechnungen gehen nämlich davon aus, dass in Zukunft gleich viel oder mehr Strom ins Tessin nach Italien transportiert wird und lassen bevorstehende Veränderungen auf dem internationalen Strommarkt völlig ausser Betracht. Ein Blick in den Bericht des Bundesrates zum Elektrizitätsmarktgesetz hätte genügt, um den Rohrkrepierer zu entschärfen. Dort heisst es nämlich: "Es ist zu erwarten, dass Italien in den nächsten Jahren Stromerzeugungskapazitäten auf der Basis von Gas-Kombikraftwerken schaffen wird. Dadurch dürfte die Bedeutung der Schweiz als Stromtransitland eher zurückgehen. Da es billiger ist, Primärenergie (Gas, Öl) zu transportieren, werden dort Kraftwerke gebaut, wo der Strom nachgefragt wird, was zu tendenziell geringe-

rem Bedarf an Übertragungsleitungen führt."

Italien: 50'000 GWh Strom aus Erdgas

Wer letzten Sommer das Obergoms durchwandert hat, fand diese Einschätzung des Bundesrates auch optisch bestätigt. Die Erdgasleitung durch die Schweiz nach Italien wird massiv ausgebaut. Erstaunlicherweise befasst sich weder beim Bund noch bei den Gebirgskantonen irgendein Mensch mit genaueren Abklärungen zu den Folgen, welche die breiteren Erdgasrohre im Gommer Erdreich für die Zukunft des Stromhandels haben könnten. Ein Mitarbeiter des BFE liess sich auf Anfrage trotzdem zur brisanten Aussage nötigen, dass der zusätzliche Gastransport nach Italien ausreicht, "um jährlich rund 50 000 Gigawattstunden (GWh) Strom zu produzieren." Dies entspricht dem gesamten Schweizerischen Stromverbrauch oder dem fünffachen der Stromproduktion des Kantons Wallis. Es ist deshalb kein Wunder, dass das grosse italienische Stromunternehmen ENEL vor Weihnachten 1998 ankündigte, die Strombezugsverträge mit der Atel zu kündigen. Darauf hat die Atel in einer Pressemitteilung dicke Tränen vergossen und gefragt,

wer denn nun das Stromnetz bezahle, das sie extra für die Stromversorgung Italiens aufgebaut habe. Noch interessanter wäre die Frage, wer denn die geplante 380 kV-Leitung der Atel durch das Goms bezahlt, wenn der-einst die Italiener ihren Strom selber produzieren?

"Kein Konflikt zu erwarten"

Die ausführlichen Abklärungen zum Bedarf der 380 kV Leitung durchs Goms kontrastieren auffallend mit der sorglosen Saloppheit, wie über die Schutzaspekte im Sachplan hinweg-geschritten wird. Obwohl die bestehende 220 kV-Leitung der Atel die Rhone bei Glurigen und Ritzingen zweimal überquert und auch die geplante 380 kV-Leitung diesen Weg nehmen soll, folgert der Sachplan "kein Konflikt zu erwarten". Laut Sachplan-Definition ist nur dann "kein Konflikt zu erwarten", wenn das Ausbauprojekt "sich nicht in der Nähe von Gewässern" befindet. Folglich wäre die Rhone im Goms kein Gewässer! Natürlich weiss das BFE sehr wohl, dass die Rhone ein Gewässer ist. Es weiss sogar laut Sachplan, dass die Rhone im Goms der "Rotten" genannt wird und dass es "ein Fluss" ist. Doch das Lobbying der Elektrowirtschaft war offenbar so

zeitaufwendig für das BFE und die externen Experten, dass am Schluss der Naturschutz nur noch schnell hingepfuscht wurde.

Auch für die Erholungsgebiete im Goms sieht der Sachplan gar keinen Konflikt, obwohl mit der doppelten Überspannung des Rottens auch die Langlaufloipe Goms zweimal traversiert wird. "Kein Konflikt zu erwarten" ist laut Sachplan in diesem Fall nur dann, wenn "keine Erholungsgebiete beeinträchtigt" werden. Folglich wäre die Langlaufloipe Goms kein Erholungsgebiet.

Ebenfalls "keinen Konflikt" bietet der Elektromog, obwohl in Ernen und Steinhaus mehrere Häuser überspannt werden. Kein Konflikt zu erwarten ist laut Sachplan aber nur dann, wenn die Leitung "nicht durch Siedlungsgebiete" führt. Auch hier wird der Sachplan den Schutzinteressen nicht gerecht.

Die Forderungen der SES

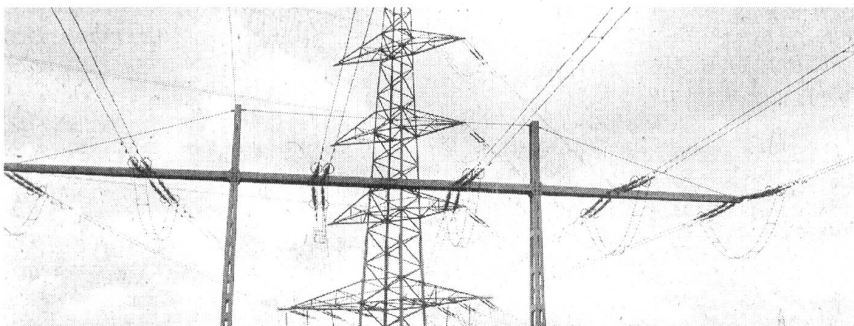
Die Schutzinteressen figurieren im Sachplan bloss als Alibi, um die Umweltorganisationen bei der Stange zu halten. So geht das wirklich nicht. Auch nachdem die SES im letzten Herbst diese krassen Defizite des Sachplanes rügte, stehen in den Objektblättern des zweiten Entwurfs vom Januar 1999 immer noch dieselben Frechheiten. Die SES, der WWF, Pro Natura und die Ärzte und Ärztinnen für Umweltschutz fordern deshalb:

1. Sistieren: Das Sachplanverfahren muss solange sistiert werden, bis das Elektrizitätsmarktgesetz EMG in Kraft ist und eine unabhängige nationale Netzgesellschaft gegründet worden ist. Ebenfalls sind die Ergebnisse der Elektromog-Verordnung (NISV) abzuwarten und in den Sachplan zu integrieren.

2. Szenarien: In der Zwischenzeit sollen Szenarien entwickelt werden, wie sich eine geringere Stromnachfrage Italiens auf das schweizerische Stromnetz auswirkt. Insbesondere soll abgeklärt werden, wie die italienische Stromproduktion in den nächsten 20 Jahren aussieht.

3. Naturschutz: Die Zwischenzeit soll ebenfalls vom BFE und den beigezogenen Experten genutzt werden, um sich seriös und vor Ort mit der Walliser Geografie und den Aspekten des Natur- und Landschaftsschutzes bekannt zu machen.

□



Sachplan Übertragungsleitungen

Der Sachplan Übertragungsleitungen gibt einen Überblick über 68 Ausbauprojekte, wovon 20 Neubautrecken sind. Für alle Projekte existiert ein Objektblatt. Darin wird ersichtlich, in welchem Planungsstadium sich das Projekt befindet, von der Vororientierung über das Zwischenergebnis bis zur Festsetzung. Das Projekt Mörel-Ulrichen-All' Aqua beispielsweise hat in wenigen Monaten die drei Stufen durchlaufen und steht heute auf der Stufe Festsetzung, das heisst "der Bedarf ist erwiesen" und es bestehen "keine grösseren Konflikte". Das Projekt wäre also laut Sachplan reif für das ordentliche Plangenehmigungsverfahren mit integrierter Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP).

Das Bundesamt für Energie (BFE) hat den Sachplan vom 9. August bis 23. Oktober 1998 in eine erste Vernehmlassung gegeben. Der Sachplan soll laut BFE im nächsten Herbst in eine breite Vernehmlassung gehen, an der sich auch die Gemeinden und alle BürgerInnen beteiligen können. Anschliessend wird der Sachplan vom Bundesrat gutgeheissen.